

Nachrichten für Maunhof

Nummer 78

Sonnabend den 28. Juni 1924

35. Jahrgang.

Was fordert die Lage?

Es verlautet, in Regierungskreisen werde ein erhöhter Zollsatz für Industrieerzeugnisse ernsthaft erwogen. Leider verlautet nicht, daß die Reichsregierung die Wiedereinführung eines entsprechenden Schutzes der landwirtschaftlichen Arbeit zuvor oder wenigstens gleichzeitig in Betracht zieht. Man wird den eigentlichen Grund dieser unterschiedlichen Behandlung wieder in der Gutmütigkeit sehen müssen, mit der sich die Landwirtschaft die von oben kommende Behandlung gefallen läßt, solange diese die Fortführung der Berufsarbeit auch nur einigermaßen zuläßt. Gegenwärtig aber kann die Voraussetzung nicht mehr geipochen werden. Wer mit der Stimmung auf dem platten Lande vertraut ist, kann nicht in Abrede stellen, daß sich namentlich in den Schichten der mittleren und kleineren Landwirte die Stimmung immer weiter zuspitzt; die Abwehr, in Pflichterfüllung auszuhalten, bis die erhofften besseren Zeiten kommen, wird bei der dauernden Verschärfung der Schwierigkeiten hier in Verzweiflung, dort in äußerster Erbitterung verwandelt. Auch weite städtische Kreise werden das nachempfinden können. Selbst die Regierung hat die der Landwirtschaft auferlegten Steuern immer wieder als auf die Dauer untragbar anerkennen müssen. Vorräte, die zur Zahlung der Steuern verkauft werden könnten, sind in nennenswerter Menge nirgends mehr vorhanden. Wären sie aber da, so würden sie beim gegenwärtigen Preisstand der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den meisten Fällen die notwendige Geldmenge doch nicht erbringen. So zwingt jeder einzelne Steuertermin zu Eingriffen in die Substanz; ohne Rücksicht auf die Marktlage müssen die knappen Viehbestände immer weiter gelichtet werden. Die Kreditkrisis braucht in diesem Zusammenhange nicht erneut behandelt zu werden. Ganz abgesehen davon, daß die bisher ausgeschütteten Kredite nur einem Teil der Landwirtschaft zugute kommen konnten, wissen auch die mit ihnen begünstigten nicht, wie sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen die geliehene Summe am Fälligkeitstermin zurückzahlen sollen. An guten Worten haben es die einzelnen Regierungstellen nicht fehlen lassen. Die Taten stehen noch aus. Dabei muß eine Regierung, die dieses Namens würdig sein will, Wert darauf legen, gerade dem arbeitswilligen landwirtschaftlichen Berufsstande die ihm zugemuteten Lasten wieder tragen zu lassen. Das kann sie um so eher, als die Landwirtschaft für sich nicht eine Vorzugsbehandlung erbittet, sondern lediglich mit dem gleichen Maße wie die Industrie gemessen sein will. Alle Landbundführer sind einzig in der Beobachtung, daß die Stimmung in der Landwirtschaft noch nie so unglücklich war wie heute. Nur der schnell durchgeführte Wille, der landwirtschaftlichen Arbeit wieder einen angemessenen Schutz zu sichern, kann zu einer allmählichen Entspannung dieser Krise führen. Die Warnung: Videant consules! ist noch nie mit solcher Berechtigung ausgesprochen worden wie gegenwärtig von der Landwirtschaft.

Amundsens Nordpostflug gescheitert?

Finanzielle Schwierigkeiten.
Genau wie im vorigen Jahre war auch in diesem Jahre viele Monate lang von Roald Amundsen „bevorstehendem“ Nordpostflug die Rede. In zahllosen Zeitungsartikeln, in endlosen Interviews, in nicht immer vornehmen Kellamensotzen wurden alle Phasen der Flugvorbereitungen besprochen, wurden alle Ausrüstungsgegenstände des Nordpostfliegers bis ins kleinste geschilbert, wurden alle Firmen genannt, die durch Lieferung von diesem und jenem den Nordpol erobern helfen wollten. Und wie wurde es dann im vorigen Jahre? Man erinnert sich: der Flug wurde plötzlich ausgegeben — noch heute weiß man nicht recht, warum. Und als in diesem Jahre die vielen „Vorbereitungen“ von neuem losgelassen wurden, sagten Skulptur: „Naht auf, es wird wieder nichts daraus!“ Die Skulptur dürften recht behalten: es scheint wirklich nichts daraus zu werden. Norwegische Blätter veröffentlichen eine Mitteilung aus Alta, wonach die Amundsen Nordpostflugzeuge baut, sich weigert, dieses zu liefern, ehe der Rest der Kaufsumme von 15 000 Pfund Sterling bezahlt ist. Bezahlt Amundsen im Laufe von zehn Tagen diese Summe nicht, so will Italien eine eigene Flugzeugexpedition unter Führung des Fliegers Locatelli entsenden. Amundsen wurde angeboten, die Stelle des zweiten Kommandierenden der Expedition zu übernehmen. Amundsen bestätigte den norwegischen Zeitungen die Richtigkeit der Meldung. Er habe jedoch den Nordpostflug nicht aufgegeben, da er die Ordnung der Bezahlungsfrage noch zu erreichen hoffe. Auf alle Fälle wolle er nicht das Angebot annehmen, als zweiter Kommandierender an einer italienischen Expedition teilzunehmen.
Demgegenüber behaupten italienische Blätter, daß der Flugplan bereits endgültig aufgegeben sei, und daß alle Piloten, die sich in Alta befanden, abgereist seien.

Hausfreundschaft und Hausfrieden.

Von Dorothee Goebeler.

Gute Freunde und getreue Nachbarn rechnen eine Erlösung des „Wänters“ mit zum täglichen Brot. Wie sehr sie in der Tat dazu gebären, spürt man erst, wenn man sie braucht und — nicht hat. Schwer zu tragen sind Tage der Sorge, doppelt schwer, wenn keine Freundeshand sich ermunternd auf die Schulter legt, wenn keine Stimme tröstend spricht: „Ich will dir deinen Kummer tragen helfen.“

Gute Freunde und getreue Nachbarn sind ein Schatz, dessen Wert nicht zu ermessen ist, sie machen das Leben hell und leicht und helfen über all seine Kümernisse hinweg. Wer sie fand und gewann, soll sich jelig freuen. Aber es finden und gewinnen sie nur wenige, und wenn man herumhorcht in der modernen Menschheit, dann hört man oft ein bitterböses Wort: „Nachbarn?“ Ich kenne meine Nachbarn nicht und will sie auch nicht kennen lernen.“ „Nur keinen Verkehr mit der Nachbarschaft“ sagt ein anderer, „das gibt bloß Jam und Klatsch und Unfrieden.“ — „Ich weiß überhaupt nicht, wer im Hause wohnt“ erzählt ein dritter, „ich

will mit niemand etwas zu tun haben; dann behält man seine Ruhe!“

Ja — wenn man sie nur behielte! Das Abwehrmittel scheint so recht eigentlich doch kein Abwehrmittel zu sein, denn gerade die, die sich „für sich hält“, hört man oft genug voll Jörn berichten: „Nun sieht man keinen Menschen an und hat doch nichts als Ärger und Unfrieden, aber gerade das, daß man sich nicht mit ihnen anfreundet, das macht sie wütend, das können die Menschen nicht vertragen.“

„Sie“ können es in der Tat nicht vertragen! Es klingt so wunderbar, das Wort: „Ich kümmere mich um niemand, ich halte mich für mich, ich will mit niemand etwas zu tun haben!“ Es scheint so ein edler Stolz drin zu liegen, doch eine vornehme Gesinnung — nicht wahr? Ein ganz verkümmertes Hochmut liegt darin und gar nichts weiter, eine Überheblichkeit schimmernder Art. Die „Lieben Nachbarn“ empfinden das auch sehr wohl und fragen nur zu oft ganz richtig: „Was denken sie, die?“ Halten sie „die“ für besser als wir sind? Es klingt so manchem und so mancher nach, die es für angemessen halten, mit kurzem Gruß oder wohl auch ohne Gruß an des Hauses Mitbewohnern vorbeizugehen.

„Nun sieht man die Menschen gar nicht an, und trotzdem lassen sie über einen her!“ jammert die Frau, wenn sie bei irgend einer Gelegenheit erkennen muß, daß sie das ganze Haus gegen sich hat.“ Ja, warum steht du sie denn nicht an, Verehrteste? Bist du denn wirklich so viel besser als sie? Fällt dir ein Jaden aus der Krone, wenn den Gruß auf der Treppe auch mal ein freundliches Wort begleitet? Es braucht ja nicht gleich eine „Nide Freundschaft“ zu entstehen, ein liebenswürdiges Sich-umeinander-Sümmern — ein paar Worte über die Kinder, über das Wetter, über allgemeine Lebensnöte genügen schon, um eine Verbindung für den Alltag aufrechtzuerhalten, eine Verbindung, die sich oft genug in Stürmestagen bewährt.

„Hausfreundschaften bringen Unfrieden und Klatsch!“ Warum müssen sie denn das bringen? Das ist ja nicht nötig. Wo Klatsch heran will, hat es der vornehme Mensch doch wahrlich leicht, ihn abzuwehren und das Gepräch in andere Bahnen zu lenken. Der Unfrieden aber — ach seien wir mal ehrlich — der Unfrieden begleitet zum meist wirklich die, die „um des lieben Friedens willen“ von allen anderen nichts wissen wollen. Wer sich mit lebenden Augen umschaut im Leben, dem muß eins auffallen: Es gibt Menschen, die überaus gute Freunde und getreue Nachbarn sind, und es gibt andere, die ewig Jam und Streit umlagert. In welches Haus sie auch kommen, wo sie auch wohnen, über kurz oder lang haben sie die Nachbarschaft gegen sich. Mit der einen Häkeln sie sich um die Kinder, mit der andern um den Hund oder den Papagei, um Wasser, das vom Balkon lief, um eine Nähmaschine, die noch spät abends in Tätigkeit ist, um ein Grammophon oder um irgend eine andere lächerliche Sache. „Die Menschen sind so schlecht und unfriedlich“ jammern sie. Nun, sie sollen recht haben, es gibt auch solche Exemplare, aber wenn einer immer wieder mit seiner Umgebung in Streid gerät, dann muß die Sache einen Hafen haben, dann tut es gut, sich ans eigene Ohr zu fassen und zu fragen: „Ist es nicht auch ein bißchen meine eigene Schuld?“

Wer unter Menschen wohnen muß — und das müssen wir ja alle — der braucht viel Duldsamkeit, viel Freundschaft und Güte. Wer das alles hat, kommt überall durch, weil er stets das rechte Wort und den rechten Ton zu finden weiß. Er hat auch stets getreue Nachbarn, die ihm Freundschaften erweisen und mit alle hand Geselheiten da sind, wenn er sie braucht. Haus ist ein Ort, an dem man es nur richtig anzufangen weiß!

Finanzminister und Landwirtschaft.

In einem besonderen Erlaß über Steuerfindung und Pfändung beschränkt sich das Entgegenkommen des Reichsfinanzministeriums insbesondere gegen die Landwirtschaft auf die Worte, daß im einzelnen Falle auf Antrag teilweise oder vollständige Stundung der Steuern auf einen beschränkten Zeitraum gewährt wird — dann nämlich, wenn glaubhaft gemacht wird, daß Mittel nicht flüssig gemacht werden können und wenn die Veräußerung von Betriebsmitteln entweder die Aufrechterhaltung des Betriebes gefährden würde oder nur zu Preisen erfolgen könnte, die so außergewöhnlich tief liegen, daß dem Steuerpflichtigen damit ein weit über die bezweckte Steuerbelastung hinausgehendes Opfer auferlegt würde. Hier liegen auch die Grenzen für die Pfändung. Es kann keine Rede davon sein, daß Pfändungen allgemein unterbleiben sollen. Denn schon im Interesse derjenigen, die — wenn auch unter Opfern — ihre Steuern pünktlich zahlen, muß für eine möglichst gleichmäßige Einbringung der Steuern gesorgt werden. Bevor eine Pfändung erfolgt, muß aber, insbesondere dann, wenn Stundungsanträge vorliegen oder die Unmöglichkeit der Zahlung geltend gemacht wird, gewissenhaft geprüft werden, ob eine der obengenannten Voraussetzungen — Gefährdung der Aufrechterhaltung des Betriebes oder Veräußerbarkeit von Betriebsmitteln nur zu Preisen, die dem Pfändlichen billigerweise nicht zugemutet werden können — vorliegt. Erst wenn festgestellt wird, daß diese Voraussetzungen nicht bestehen, darf zur Pfändung geschritten werden. Das Entgegenkommen des Reichsfinanzministeriums ist leider — ring. Auch von seinem Reformstandpunkt aus kann nur die Forderung erneuert werden, die Landwirtschaft wieder kaufkräftig und zahlungsfähig zu machen. Daß die Landwirtschaft auch bei bestem Willen nicht in der Lage ist, die von ihr erwarteten Steuern auszubringen, wird jedes einzelne Finanzamt gerade in der Zeit bis zur neuen Ernte an Stößen von Eingaben bemessen können.

Wahllehren.

Im Verlag „Deutsche Treue“ (Berlin SW. 68) ist soeben ein Schriftchen von Max Maurenbrecher erschienen: „Die Taktik der Parteien 1920—1924.“ Sie soll „Betrachtungen über die parlamentarische Politik der nationalen Opposition“ bringen, enthält in Wahrheit aber beträchtlich mehr. Maurenbrecher folgert aus den Wahlergebnissen von 1919, 1920 und 1924, daß die nationale Welle im ganzen fehlte, wenn sie auch diesmal noch nicht in der erhofften Schnelligkeit weiter geschoben ist. Die Sozialdemokratie ist in den Wahlen 1919,

1920 und 1924 von 38 über 21,6 auf 20,4 v. H. der abgegebenen Stimmen zurückgegangen. Dem steht gegenüber, daß die Kommunisten seit der vorigen Wahl von 1,8 auf 12,7 v. H. gestiegen sind. Dennoch sind die marxistischen Parteien in ihrer Gesamtheit zurückgegangen, und zwar von 45,7 über 42 auf 33,9 v. H.; sie haben also in den fünf Jahren der nachrevolutionären Zeit an Macht ebensoviel wieder verloren, als sie in der Vorkriegszeit in 20 Jahren (1893—1912) hinzugewonnen hatten. Trotz diesem marxistischen Gesamtrückgang ist bereits davor gewarnt worden, die marxistische Gefahr in Zukunft zu unterschätzen. Auch Maurenbrecher nennt den Marxismus mit Recht noch immer einen Riesen, wenn auch einen alt gewordenen, absterbenden Riesen. Immerhin bleibt ein großer Erfolg der jüngsten Reichstagswahl: Zum ersten Male in ihrer Geschichte haben nach der Revolution ehemals marxistische Volksteile sich bewußt von den marxistischen Parteien wieder getrennt. Mehr als ein Neuntel aller Wähler, rund 34 Millionen Köpfe, sind dem Marxismus wieder untreu geworden. Daran knüpft Maurenbrecher zwei wichtige Fragen: 1. Was haben wir zu tun, um die naturnotwendig kommende Radikalisierung der Marxisten unschädlich zu machen? 2. Was wird aus den Millionen, die enttäuscht und ernüchtert den Marxismus verlassen, und den Millionen, die von morgen ab es weiter tun werden?

Bei der kritischen Stellungnahme zu bestimmten neuen Parteien ist mit Zug davor gewarnt worden, der marxistischen Gedankenwelt auch nur auf Teilgebieten Zugeständnisse zu machen. Maurenbrecher tritt dieser Auffassung bei. Er will die Überwindung des Marxismus genau wie der Reichs-Landbund in der Weise, daß der bekämpften Richtung etwas Ebenbürtiges entgegengestellt wird. Wie die Leitlinie des Reichs-Landbundes das Banner der Volksgemeinschaft aller Deutschen entfalten, sieht auch er die Möglichkeit, den Klassenkampfgedanken zu überwinden, nur in der Pflege und Ausgestaltung des völkischen Gedankens. Er beschwört alle national gesinnten Arbeiter und Angehörigen, nie mit Marxisten zusammen in eine Streikgemeinschaft einzutreten, und lehnt die übliche Scheidung in Bürgerliche und Arbeiterparteien als verhängnisvoll ab. Die Lösung soll sein: Alle Völkischen gegen die Zerpfitterer der Volksgemeinschaft durch den Klassengedanken!

Jedes bedachte und begründete Wort ist willkommen zu heißen, das entgegen dem alten Fehler, nach Neuwahlen die Zügel wieder fest über die Ohren zu ziehen, den Wahlausgang nur als den Ausgangspunkt neuer und erhöhter Anstrengungen gelten läßt. In dieser Beziehung sollte mancher Gedanke auch und gerade der Maurenbrecher'schen Schrift zu Erwägungen anhalten, inwieweit der Wahlausfall Prüfstein für die Richtigkeit unserer bisherigen Politik gewesen ist. Sie sollte weiter eine Nachprüfung nahelegen, auf welchem Teilgebiete angesichts der Wahlstatistik im Kreis und in der Gemeinde Versäumnisse wieder gut zu machen sind. Schließlich muß für jede Bewegung, die sich die Zukunft erobern will, nach jeder größeren Wahl als erster Grundsatze gelten: Nur nicht matt werden! Setzt mit doppeltem Eifer voraus!

Deutscher Reichstag.

CR. Berlin, 25. Juni.

Zum Schluß der gestrigen Sitzung entwickelten sich im Reichstag noch ungewöhnlich lärmende und beschämende Zwischenfälle, die zur zweimaligen Unterbrechung der Sitzung führten. Bei den Anträgen über Amnestie für politische Verurteilte, kam es zu Zusammenstößen der Extremen von rechts und links, die fast in eine allgemeine Schlägerei ausarteten. Besonders bei der Rede des Nationalsozialisten, Abgeordneten Roth, des früheren bayerischen Justizministers, wurde die Unruhe so groß, daß der Redner zeitweise sahmgelagert wurde. Große Beifallstürmen folgten ihm und her. Schließlich verließen die Kommunisten demonstrativ den Sitzungssaal, in dem aber die Erregung sich weiter Luft machte.

Der Anfang der heutigen Sitzung mußte verschoben werden, da die Parteien sich über die

Beamtenfrage.

die auf der Tagesordnung stand, nicht einigen konnten. Im Ausschuß hatte man einen Antrag des Abg. Morath von der Deutschen Volkspartei angenommen, wonach die für eine Verbesserung der Beamtenbezüge von der Regierung zur Verfügung gestellte Summe ausschließlich zur Erhöhung der Grundgehälter der Gruppen 1—6 zu verwenden sei. Ferner wurde im Ausschuß einem Antrage des deutschnationalen Abg. Herzog zugestimmt, außer diesen Verbesserungen auch noch allgemein für alle Beamtengruppen Erhöhung der Kinderzulagen und der Frauenzulage vorzunehmen.

Bevor der Reichstag auf das eigentliche Thema einzutreten, wurde in dritter Lesung das deutsch-polnische Abkommen über die ober-schlesischen Grenzbezirke angenommen und ebenso das Gesetz über militärische Quartierleistungen im Frieden.

In der Angelegenheit der Beamtenbesoldung und der Dienstverhältnisse der Beamten lagen nicht weniger als 11 Anträge der verschiedenen Parteien vor und eine Interpellation der Nationalsozialisten über die Neuordnung der Beamtenbesoldung. Aber die Verhandlungen im Hauptausschuß beruhten der Abgeordnete Morath, der dabei hervorhob, daß selbst die Regierung die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bezüge anerkannt habe, aber der Meinung sei, sie dürfe nicht in eine allgemeine Lohnbewegung ausarten.

Der deutschnationalen Abg. Schmidt-Stettin erklärte sich mit dem Ausschussantrage einverstanden und legte besonders großen Wert auf die allgemeine Erhöhung der sozialen Zulagen. Die Beschränkung des Erholungsurlaubs und die Verlängerung der Dienststunden sollten baldigst wieder aufgehoben werden. Bei der Verlängerung der Dienststunden werde in den Bureaus auch nicht ein Tippschen mehr gearbeitet.

Der sozialistische Abg. Steinfeldt hielt die Entrüstung der Beamenschaft über die letzte Besoldungsverordnung für durchaus berechtigt. Die Spannung zwischen den Bezügen der verschiedenen Gruppen sei ganz unerträglich und in unsozialer Weise erweitert worden. Die Ernüchterung, die der letzte Reichstag der Regierung in der Frage der Besoldungsregelung gegeben hatte, sei von der Regierung in trasser Weise mißbraucht worden.

Der Zentrumsgesandte von Gumbard beantragte die gesetzliche Festlegung des gesamten Beamtenrechts. Die Regierung sollte mehr darauf achten, daß nicht Verordnungsmaßnahmen ergehen, die der Pflicht der Beamten wenig entsprächen.

Der kommunistische Abgeordnete trat dafür ein, daß für die Verbesserung statt 7 1/2 Millionen 100 Millionen zur Verfügung gestellt werden und daß die Erhöhung der sozialen Zulagen nur für die Gruppen 1—9 gelten sollten.

ungen.

1. Juni 1924.

B. (2^{er} B.)

N. (6^{er} N.)

Kampfe, Ver-
scher Dichter
rich Gering
mann Karl
ung Mens
schmer gest.
in gest. —
814 Dichter
den Monzo-
r gest.

Wetter, das
Lähmung zur
Uebelung
drei bis
nen um die
ormalwerte
en, wie sie
ei schwacher
nd warmes
die ganze
die Ferien-
ist mit dem

Uhr ging ein
und dröhnen-
en, erschreckte
eren Schaden
kurzer Dauer.
Insel morgen
lich, auf all-
n zert Ball.
mit empfehlen.
Uhr findet in
t, Mutter-
der Ball.

intellektuellen,
seine Gattin
ih. Haupt-
e goldene
el veränd-
Kurz nach
in Maunhof
Bündler ihren
Wir wünschen

n, das das
rohen Belfall
all, das flir-
dem schön-

waren Ich bin
me im Ueber-
en, die Kronen
er, ein flehler
le Strafe er-
nis verurteilt.
lger Beden
verlieh
geblüch noch
unternehmen,
begannen, noch
ein Unfall
Opfer eines
Untersuchung

Amisshaupt-
rgerliche und
dnele gewählt
war das Er-
krafliche und
e bedeutende
en.

UF

at!

Prüfung
werden.
auf den
etragen.

u!

plech.

uf!

sein!

illions

crasis!